



# GEMEINDE JAUN

## REGLEMENT BETREFFEND DIE HUNDESTEUER

Die Gemeindeversammlung von Jaun

gestützt:

- auf das Gesetz vom 25. September 1980 über die Gemeinden (GG)
- auf das Gesetz vom 10. Mai 1963 über die Gemeindesteuern (GStG)

beschliesst folgendes Reglement:

### **Art. 1 Zweck / Steuerpflicht**

<sup>1</sup> Die Gemeinde Jaun erhebt eine Steuer auf dem Besitz von Hunden. Diese Steuer wird von allen Hundehaltern (natürlichen und juristischen Personen) erhoben, die in der Gemeinde wohnen.

<sup>2</sup> Für die Haltung der Hunde, die im Laufe eines Jahres geboren oder erworben werden, ist die gesamte Jahressteuer geschuldet.

<sup>3</sup> Für die Haltung der Hunde, die im Laufe des Jahres eingehen, ist ebenfalls die gesamte Jahressteuer geschuldet.

### **Art. 2 Steuerbefreiung**

<sup>1</sup> Es unterliegen dieser Steuer nicht:

- a. Blindenhunde
- b. Polizeihunde
- c. Anerkannte Sanitäts-, Lawinen- und Katastrophenhunde
- d. Armeehunde
- e. Hunde von Wildhütern und Fischereiaufsehern
- f. Hunde für die Nachsuche von verletzten oder toten Tieren
- g. Jungtiere bis 2 Monate

<sup>2</sup> Wer Hunde besitzt, die gemäss Art. 2 Abs 1 der Steuer nicht unterliegen, muss jährlich bis 28. Februar einen entsprechenden Ausweis auf der Gemeindeverwaltung Jaun vorlegen auf dem ersichtlich ist, dass der Hund von der Steuer befreit werden kann.

### **Art. 3 Tarife**

Die Steuer beträgt **CHF 25.00** pro Hund und Jahr.

#### **Art. 4      Zu widerhandlungen**

<sup>1</sup> Jede Hinterziehung der Hundesteuer sowie Verstösse gegen Art. 2 Abs 2 werden mit Busse von CHF 25.00 bis CHF 200.00 geahndet. Die Steuer bleibt neben der Busse geschuldet. Der Gemeinderat verhängt die Busse durch Strafbefehl.

<sup>2</sup> Gegen den Strafbefehl kann innert 30 Tagen seit Zustellung beim Gemeinderat Einsprache erhoben werden. Der Gemeinderat überweist die Strafsache dem Polizeirichter (Art. 86 GG).

#### **Art. 5      Rechtsmittel**

<sup>1</sup> Der Steuerpflichtige kann innert 30 Tagen seit Eröffnung der Einschätzung oder der Steuerrechnung beim Gemeinderat Einsprache erheben.

<sup>2</sup> Der Einspracheentscheid des Gemeinderates kann innert 30 Tagen seit der Eröffnung beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

<sup>3</sup> Die Einsprache und die Beschwerde müssen schriftlich erhoben und kurz begründet werden. Sie enthalten die Anträge des Steuerpflichtigen. Der Steuerpflichtige nennt ebenfalls seine Beweismittel und legt die sachdienlichen Beweisurkunden in seinem Besitz bei.

#### **Art. 6      Inkrafttreten**

Das vorliegende Reglement tritt nach seiner Genehmigung durch die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft in Kraft.

Beschlossen von der Gemeindeversammlung am 07. April 2008

Der Gemeindeschreiber

Der Ammann

Aldo Buchs

Jean-Claude Schuwey

---

Genehmigt durch die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft am 05. Mai 2008

Der Staatsrat, Direktor: Pascal Corminboeuf